

Oktober 2023

## Klima, Unternehmen und Stakeholder: Was macht einen gerechten Wandel aus?



### Einführung

Jahr für Jahr richtet der Klimawandel immer größere Schäden an. Viele Länder und Unternehmen bemühen sich daher immer intensiver um Dekarbonisierung, eine grünere Wirtschaft und besseren Schutz vor den Folgen der Erderwärmung.

Um die Pariser Klimaziele zu erreichen, also die Erderwärmung auf 1,5 °C zu begrenzen, müssen sich Wirtschaft und Gesellschaft so stark verändern wie vielleicht noch nie. Schon oft hat die Geschichte gezeigt, dass solche Umwälzungen Arbeitsmarkt und Gesellschaft aus dem Gleichgewicht bringen können. Die Energiewende kann die Weltwirtschaft radikal verändern, mit enormen Risiken und Chancen für Unternehmen und Länder, die Gesellschaft und jeden von uns.

Doch je mehr sich ändert, desto wichtiger wird das Konzept des gerechten Wandels („Just Transition“). Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) definiert ihn als eine „Ökologisierung der Wirtschaft, die so fair und inklusiv wie möglich abläuft, für angemessene Arbeitsmöglichkeiten sorgt und niemanden zurücklässt“.

Für Investoren ist wichtig, dass ein gerechter Wandel Lösungen für die miteinander verbundenen und finanziell relevanten Themen Klimawandel, ethnische Diskriminierung, öffentliche Gesundheit und wirtschaftliche Ungleichheit sucht. Wenn ein Unternehmen ein Kohlekraftwerk sofort schließt, mag das zwar ökologisch geboten sein. Es bleibt aber wohl kaum ohne soziale Folgen für Arbeiter und lokale Gemeinschaften in der vom Kraftwerk abhängigen Region und wird zu Gegenreaktionen führen.

Ein unternehmens- oder länderspezifischer Klimaschutzplan, der wichtige soziale Themen außer Acht lässt, wird vermutlich zu einem Zielkonflikt zwischen den direkt Betroffenen und den eigenen und weltweiten Dekarbonisierungszielen führen und jeden Fortschritt bremsen. Ein gut durchdachter Aktionsplan kann hingegen das Humankapital und regenerative Geschäftsmodelle stärken, den Ruf von Unternehmen verbessern und systemische Risiken verringern.

Wir glauben deshalb, dass ein gerechter Wandel ein immer wichtigeres Thema für Investoren wird. Es wird aber dauern, bis das Konzept wirklich verstanden ist, weil Klimaschutz- und Dekarbonisierungspläne gerade erst entwickelt werden. In dieser Studie stellen wir einige Beispiele vor und berichten über vorbildliche Unternehmen und Initiativen und solche mit Nachholbedarf.

**Entwicklung:** Viele Unternehmen haben sich Netto-Null-Ziele gesetzt. Fortschrittliche Unternehmen und Länder sowie Initiativen wie Climate Action 100+ (CA100+) und die Global Reporting Initiative (GRI), die Nachhaltigkeitsstandards definieren und anwenden, analysieren immer intensiver, wie der Wandel allen Stakeholdern gerecht werden kann. Neben Arbeitsplatzverlusten und Wachstum müssen dabei auch eine sichere Energieversorgung, Folgen für die Lieferketten, Zugang zu erschwinglicher Energie und eine gerechte Verteilung von Kosten und Nutzen der Energiewende berücksichtigt werden.

**Relevanz:** Die Investmentbranche hat gerade erst begonnen, die finanzielle Relevanz eines gerechten Wandels zu begreifen. Eine intensivere Auseinandersetzung scheint aber unvermeidbar. Zweifellos wäre das hilfreich, um Risiken und Chancen besser zu verstehen. Die Thematik kann auf zwei Ebenen betrachtet werden: der Länder- und der Unternehmensebene.

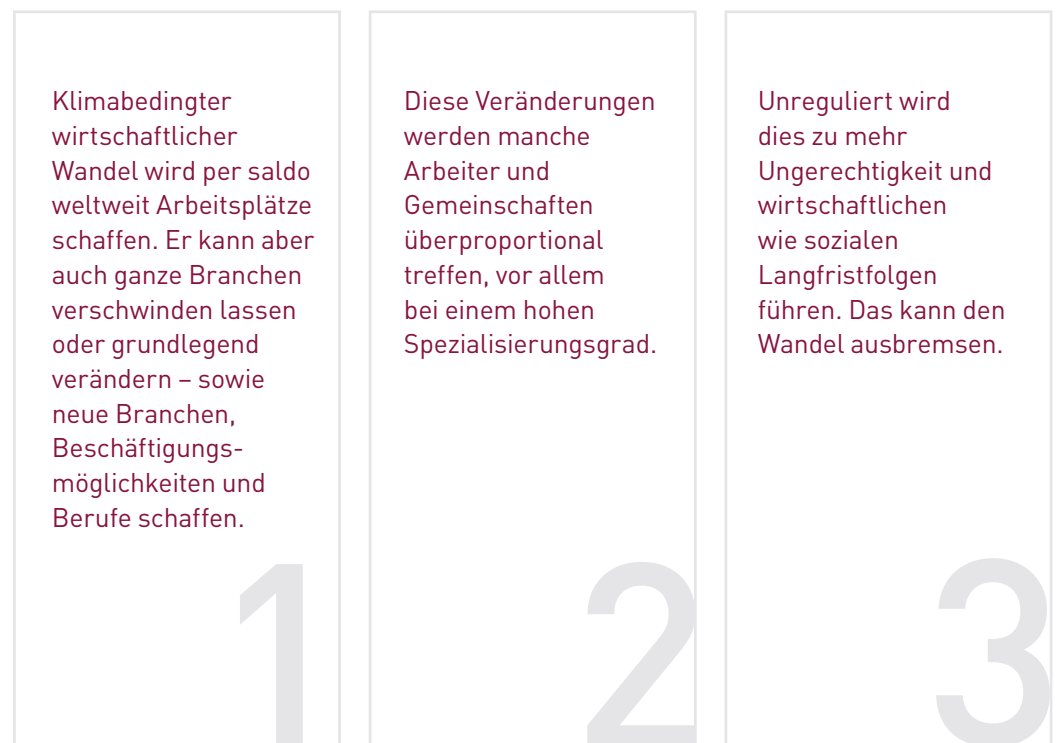
- Auf Länderebene geht es um politische Entscheidungen: Inwieweit können die Industrieländer die Energiewende der weniger entwickelten Staaten (mit-)finanzieren? Was sollen die Unternehmen bezahlen und was die Steuerzahler? Und wie schnell schafft die Politik Anreize für die Energiewende?
- Auf Unternehmensebene geht es unter anderem darum, wie Unternehmen ihren Mitarbeitern bei der Anpassung und dem Erwerb neuer Fähigkeiten helfen können, statt sie einfach zu entlassen und durch andere zu ersetzen.

#### Die nächsten Schritte

Wir müssen sowohl die Klimaschutzpläne der Regierungen als auch der Unternehmen daraufhin untersuchen, ob sie gerecht sind – denn davon hängt ihre Wirksamkeit ab.

#### „Just Transition“ im Fokus

Laut Weltwirtschaftsforum beruht das Konzept vor allem auf drei Annahmen:



Quelle: [https://www3.weforum.org/docs/WEF\\_The\\_Chairpersons\\_Guide\\_to\\_a\\_Just\\_Transition\\_2022.pdf](https://www3.weforum.org/docs/WEF_The_Chairpersons_Guide_to_a_Just_Transition_2022.pdf) (eigene Übersetzung)

Das Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC) schätzt, dass die Energiewende 1,47 Milliarden Arbeitsplätze in besonders klimaschädlichen Sektoren gefährden könnte:

- Landwirtschaft (1 Milliarde)
- Verarbeitendes Gewerbe (200 Millionen)
- Bauwesen (110 Millionen)
- Transport (88 Millionen)
- Energie (30 Millionen)

Wichtig ist, dass ein gerechter Wandel auch eine Chance ist. Guter Klimaschutz kann der Wirtschaft enorm nützen. Gegenüber dem Basisszenario erwartet die ILO bis 2030 einen Wohlstandsgewinn von 26 Billionen US-Dollar bei einem Beschäftigungszuwachs von 24 Millionen (Nettostellen).

Um den gerechten Wandel besser zu verstehen, müssen wir Auswirkungen von Klimastrategien quantitativ und qualitativ analysieren. In der Welt von morgen müssen alle Arbeiter respektiert werden und sich weiterhin einbringen können.

### **Wo stehen wir heute?**

Bisher ging es bei der Frage, wie es ein Unternehmen mit dem Klimaschutz hält, meist um CO<sub>2</sub>-Senkungsziele. Die soziale Dimension kann aber genauso wichtig sein. Als Erstes muss man daher fragen, ob ein Unternehmen ein Konzept für einen gerechten Wandel hat. Das Netzwerk CA100+ hat 2022 erstmals entsprechende Indikatoren in seinen Berichtsrahmen aufgenommen. Auch die GRI, für viele Unternehmen weltweit der Standard für die Nachhaltigkeitsberichterstattung, berücksichtigt die Gerechtigkeit des Wandels. So müssen etwa Unternehmen aus dem Kohlesektor jetzt darlegen, wie sie Arbeitsplatzverluste, Einkommenseinbußen ihrer Mitarbeiter und Wohlstandsverluste an den betroffenen Standorten auffangen wollen.

## Sind die Übergangspläne gerecht? Auswirkungen auf wichtige Stakeholder



### ARBEITER

Die Energiewende dürfte viele Millionen Stellen schaffen. Regierungen, Investoren, Unternehmen und die Zivilgesellschaft müssen aber gemeinsam darauf hinwirken, dass sie Arbeitern aus obsolet gewordenen Branchen offenstehen und ihnen einen guten Lebensstandard bieten. Das erfordert Weiterbildung und Umschulung, aber auch soziale Absicherung, etwa durch eine angemessene Altersversorgung für Menschen, die in den vorzeitigen Ruhestand gehen.



### ZULIEFERER

Wegen der immer engeren wirtschaftlichen Verflechtung kann man leicht übersehen, wie zunehmend komplex ein gerechter Wandel ist. Wichtige Themen sind die Auslagerung von CO<sub>2</sub>-Emissionen, Menschenrechte, Arbeitsbedingungen, gesellschaftlicher Nutzen und generelle Umweltfolgen. Da die Beschaffung stärker reguliert wird und Vorprodukte dadurch teurer werden, dürften Zulieferer vor operativen und finanziellen Herausforderungen stehen. Unternehmen sollten Einfluss auf ihre, vor allem kleineren, Zulieferer nehmen und sie unterstützen.



### GEMEINSCHAFTEN

Unternehmen, die ihre gesellschaftliche Rolle nicht ernst nehmen, könnten an Akzeptanz verlieren. Unternehmen sollten das Naturkapital schützen, Gemeinschaften helfen, die von obsolet werdenden Aktiva abhängen, und mit sozialen Maßnahmen Arbeitsplatzverluste und den Strukturwandel abfedern.



### VERBRAUCHER

Übergangspläne sollten fair zu Verbrauchern sein, damit die Energieversorgung verlässlich bleibt und nicht zum Luxus wird. Das gilt vor allem für die Entwicklungsländer. Die Netto-Null könnte Energie und Rohstoffe teurer machen, sodass sich manche Verbraucher Energie nicht mehr leisten können – Stichwort „Energiearmut“. Umso wichtiger ist deshalb der richtige Zeitplan für die Dekarbonisierung. Unternehmen können Verbrauchern auch helfen, sich nicht zu überschulden, etwa durch flexible Zahlungspläne und die Beteiligung an staatlichen Energiebeihilfen für Haushalte oder Beratung zu besserer Energieeffizienz.

### Corporate Governance und Regulierung

Da die Dekarbonisierung weltweit entscheidend von den Maßnahmen der Unternehmen in den nächsten Jahren abhängt, sind deren Management und Corporate Governance ebenfalls wichtig. Entscheider, die die soziale Dimension der Energiewende nicht berücksichtigen, verfehlen die Klimaziele möglicherweise. Außerdem drohen Reputationsschäden. Daher ist eine starke Führungsebene und Corporate Governance für alle Unternehmen wichtig, um Risiken angemessen steuern und Chancen nutzen zu können. Die Boards müssen darauf hinwirken, dass ein gerechter Wandel für das Unternehmen Priorität hat.

### Wie sieht ein gerechter Wandel in der Praxis aus?

Auf Mikro- wie auf Makroebene gibt es viele Beispiele für Klimaschutzpläne, die gescheitert sind oder scheitern könnten, weil sie nicht gerecht sind. Andere haben funktioniert oder werden voraussichtlich funktionieren, weil sie soziale und ökologische Ziele ins Gleichgewicht bringen. Solche Fälle gibt es in Industrieländern und Emerging Markets gleichermaßen. Das zeigt, dass ein gerechter Wandel für Unternehmen aus allen Ländern eine Herausforderung ist. Im Folgenden skizzieren wir einige Beispiele.

## Fallstudien: Unternehmen

### Air Products

Das amerikanische Chemieunternehmen Air Products will in Texas in großem Umfang grünen Wasserstoff produzieren – und zwar in einer Region, die durch die jüngste Schließung eines Kohlekraftwerks zu verarmen droht. Gefördert wurde das Projekt durch den neuen Inflation Reduction Act (IRA), der auch Umweltinitiativen finanziert. Außerdem ist es ein Beispiel für eine gelungene Standortwahl. Es stehen Arbeitskräfte mit den nötigen Fähigkeiten zur Verfügung, die jetzt für eine grünere Zukunft umgeschult werden können.

### Enel

Enel beschäftigt weltweit etwa 75.000 Mitarbeiter, davon 36.000 in Italien. Der Konzern reagierte auf die Herausforderungen der Energiewende und die strengeren EU-Emissionsstandards mit dem Programm Futur-e. Dabei handelt es sich um eine Initiative zur Schließung und Umnutzung alter Kohlekraftwerke. Im Mai 2017 gab Enel die Schließung zweier großer Kraftwerke bis 2018 bekannt; bis 2030 sollen dann alle Stein- und Braunkohlekraftwerke geschlossen werden. Enel will bis 2050 CO<sub>2</sub>-neutral werden und 23 Kraftwerke umstrukturieren, mit erheblichen Auswirkungen auf die Beschäftigten. Die Gewerkschaften haben Futur-e immer kritisch gesehen, da es an Informationen mangelte und sie kaum an dem Projekt beteiligt wurden.

In Italien hat Enel deshalb Gespräche mit den Gewerkschaften über eine Rahmenvereinbarung für einen gerechten Wandel aufgenommen. Themen sind Weiterbeschäftigungsmöglichkeiten, Versetzungen, Umschulung und vorzeitiger Ruhestand. Das ist ein Beispiel für einen gerechten Aktionsplan, der auch Neueinstellungen von Auszubildenden vorsieht, damit der Wissenstransfer von älteren zu jüngeren Mitarbeitern funktioniert. Außerdem werden Mitarbeiter ermutigt, mobil zu sein und sich weiterzubilden, damit die Ressourcen des Unternehmens optimal genutzt werden können. Hinzu kommen gezielte Qualifizierungsmaßnahmen, um die bisherigen Mitarbeiter im neuen Enel-Konzern weiterbeschäftigen zu können.

### ENGIE Australia

Im November 2016 teilte ENGIE mit, dass das Hazelwood-Kraftwerk geschlossen werden soll, um die CO<sub>2</sub>-Emissionen zu senken. Die Regierung des Bundesstaats reagierte mit der Gründung der Latrobe Valley Authority (LVA). Sie nahm Kontakt zu Gewerkschaften, ENGIE und anderen Kraftwerksbetreibern, lokalen Kommunen und Gemeinschaftsorganisationen auf. Daraus entstanden vier große Initiativen mit dem Ziel, den betroffenen Arbeitern und ihren Familien zu helfen:

1. Ein Programm für Arbeiter, das individuelle Maßnahmen zur Weiterbildung und beruflichen Neuausrichtung bietet
2. Finanzielle Unterstützung für die Umschulung von Arbeitern, die direkt bei ENGIE beschäftigt sind, und Bundeshilfen für Leiharbeiter
3. Ein Vermittlungsservice mit dem Ziel, durch Frühverrentungen in anderen Kraftwerken neue Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen
4. Regionalpolitische Maßnahmen wie die Gründung einer Sonderwirtschaftszone durch die Regierung des Bundesstaats – mit finanziellen Anreizen für Unternehmen, entlassene Arbeiter dort zu beschäftigen

### Ford

Ford will in Großbritannien in den nächsten zwei Jahren 1.300 Stellen streichen. In ganz Europa sollen 3.800 Stellen wegfallen, davon fast 1.700 für Ingenieure. Nur einen Tag vor der Entlassungswelle in Europa gab Ford bekannt, 3,5 Milliarden US-Dollar in eine neue Fabrik für Elektroautobatterien in Michigan zu investieren. Ohne ein Weiterbildungs- oder Umzugsprogramm für die betroffenen Arbeiter riskiert Ford eine nachlassende Arbeitsmoral sowie Kündigungen vor allem hoch qualifizierter

Mitarbeiter. Außerdem drohen Streiks in Deutschland und weitere politische Eingriffe in das Restrukturierungsprogramm. Die sozialen Folgen des Wechsels von Verbrennungs- zu Elektromotoren für die Arbeiter könnten es der Branche erschweren, Subventionen einzuwerben.

### **Die Solar-Lieferkette**

Etwa die Hälfte des Polysiliziums für die Produktion von Solarmodulen stammt aus China. Importbeschränkungen, nicht zuletzt aufgrund von Menschenrechtsfragen, könnten den Ausbau der für die Energiewende wichtigen Solarenergie stark hemmen. Im Dezember 2021 warnte Siemens-Vorstandschef Roland Busch, dass sein Unternehmen bei einem Exportverbot vielleicht keine Solarzellen aus China mehr kaufen könne. Dann sei die Energiewende jetzt zu Ende. Können Menschenrechtsbedenken in China die Entwicklung einer Solarzellenindustrie in anderen Ländern fördern, etwa in Indien?

### **Just Energy Transition Partnerships (JETPs)**

Auf Länderebene entstehen neue Initiativen wie die Just Energy Transition Partnerships (JETPs). Ziel ist, die Lücke zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern auf dem Weg zur Netto-Null zu schließen.

JETPs sind Finanzierungsmechanismen. Reichere Länder finanzieren ein von Kohle abhängiges Entwicklungsland, um auch hier den Ausstieg aus fossilen Brennstoffen und den Weg zu sauberer Energie zu ermöglichen. Zugleich werden die sozialen Folgen abgefedert.<sup>1</sup> So soll ausgewählten, von Kohle abhängigen Emerging Markets bei einer gerechten Energiewende geholfen werden, in ihrem eigenen Tempo und mit minimalen Nachteilen für ihre wirtschaftliche Entwicklung.

JETPs sind ein neues Konzept, das noch ganz am Anfang steht. Im Wesentlichen handelt es sich um Learning by Doing, da man noch nicht auf viele Erfahrungen zurückgreifen kann. Man sollte JETPs genau beobachten. Allerdings wissen wir noch nicht genug, um wirklich Einfluss auf Stakeholder nehmen zu können, von denen Akzeptanz und Wirkung maßgeblich abhängen. Auch ist noch nicht klar, ob JETPs die nationale Klimapolitik grundlegend verändern. Das ist aber nötig, damit Länder und Unternehmen hier echte Fortschritte machen.

Die ersten Erfolge von JETPs unter anderem in Indonesien zeigen, wie das Programm in Zukunft ausgebaut werden könnte.

### **Indonesien**

Ende 2022 haben die USA, Großbritannien, Italien, Norwegen, Japan, Kanada, Dänemark, Frankreich und andere Industrieländer Indonesien 20 Milliarden US-Dollar Kapital aus öffentlichen und privaten Quellen angeboten. Noch gibt es keinen offiziellen Investitionsplan, doch soll die JETP den Ausstieg Indonesiens aus der Kohle beschleunigen, sodass die CO<sub>2</sub>-Emissionen des Energiesektors ab 2030 fallen. Bereits 2050 soll hier die Netto-Null erreicht werden, zehn Jahre früher als bislang vorgesehen. Außerdem würden erneuerbare Energien schneller zum Einsatz kommen: 2030 sollen mindestens 34% der gesamten indonesischen Energie aus erneuerbaren Quellen stammen.

Diese 20 Milliarden US-Dollar sind nur ein kleiner Teil der 600 Milliarden, die es für eine vollständige Dekarbonisierung der indonesischen Energiewirtschaft braucht. Er zeigt aber, welche Art von Hilfen aus privaten und öffentlichen Quellen zu erwarten sind.

Entscheidend wird sein, ob JETPs auch in anderen Ländern möglich sind. Damit hängt zusammen, ob den Emerging Markets die Energiewende gelingt. Fortschritte und Misserfolge einzelner Unternehmen hängen stark von der Politik ab. Aber auch die Veränderungsbereitschaft der Unternehmen dürfte eine wesentliche Rolle spielen.

## Energiewendepläne in Indonesien

Programme	CIF-ACT, ADB ETM, WBG	G7 IPG/JETP-IDN	IDN ETMCP	PLN ETM	INA ETM
<b>Zugesagtes/ geplantes Volumen</b>	CIF-ACT: 500 Mio. USD  ADB, WBG: 2,2 Mrd. USD  Staatliches und privates Kapital: 2 Mrd. USD	20 Mrd. USD, davon 10 Mrd. aus öffentlichen und 10 Mrd. aus privaten Quellen	Staatlicher Beitrag noch unbestätigt	PLN hat bis 2060 726 Mrd. USD Finanzbedarf angemeldet	Wegen Kohlekraftwerks- stilllegung nicht veröffentlicht; 2 Mrd. US-Dollar für den Green Climate Fund
<b>Beteiligte</b>	Klimafonds: CIF- ACT  MDBs: ADB, WBG  Privates Kapital: IFC, ADB (privater Sektor)	G7-Länder sowie Dänemark, EU und Norwegen  Privates Kapital: BofA, Citi, Deutsche Bank, HSBC, Macquarie, MUFG, Standard Chartered	Plattform- manager: PT SMI  Steuerungs- ausschuss: MOF, MEMR, MSOE, MOEF	PLN und Partner	Indonesia Investment Authority (INA)
<b>Finanzierung</b>	Finanzhilfen, sehr zinsgünstige Kredite, klassische Kredite, zweck- gebundene Kredite, Finanz- intermediärkredit durch PT SMI, Projektkredite	Finanzhilfen, sehr zinsgünstige Kredite, klassische Kredite, Garantien, technische Unterstützung (TA)	Staatshilfen (Staatshaushalt), zinsgünstige Kredite, klassische Kredite, Ein- nahmen aus Emissionsrechten	Kombination aus Eigenkapital, Fremdkapital und Finanzhilfen	Kombination aus Eigen- und Fremdkapital
<b>Ziel für den Kohleausstieg</b>	Bis zu 2 GW in fünf bis zehn Jahren	Kein GW-Ziel; Begrenzung der Emissionen des Energiesektors bis 2030 auf max. 290 Mt CO <sub>2</sub> - Äquivalente	15 GW ausgewiesen	6,7 GW des Kohlekraftwerks von PLN bis 2030	1.5 GW
<b>Ziel für erneuerbare Energien</b>	400 MW installierte Kapazität, 90 MW Speicherkapazität	34% Anteil am Energemix bis 2030		16 GW bis 2030	

### Was kommt als Nächstes?

Noch fehlt es der Investmentbranche an standardisierten Rahmen, um zu beurteilen, ob ein Unternehmen oder Land einen gerechten Wandel anstrebt. Bei Gesprächen mit Unternehmen könnten uns aber die Antworten auf folgende Fragen helfen:

1. Welche Stakeholder und Unternehmen halten Sie für wichtig, damit Ihnen die Energiewende gelingt, und welchen Zeitplan haben Sie?
2. Wie viele Stellen stehen bei Ihnen auf dem Spiel, und wie wirkt sich das auf die Regionen aus, in denen Sie tätig sind? Wie gehen Sie mit dem Arbeitsplatzabbau um?
3. Was bedeuten Ihre Netto-Null-Ziele für Ihre Lieferketten? Was sind die drängendsten Fragen für Ihre Zulieferer, und was erwarten Ihre Kunden umgekehrt von Ihnen in puncto gerechten Wandels?

## Anmerkung

<sup>1</sup> [Source: What is Just Energy Transition Partnerships? - Green Network Asia](#)

MFS kann ökologische, soziale und governancebezogene Faktoren (ESG-Faktoren) in seine fundamentale Investmentanalyse und seine Engagementaktivitäten einbinden. Die oben aufgeführten Beispiele veranschaulichen, wie MFS in der Vergangenheit ESG-Faktoren bei der Analyse oder Zusammenarbeit mit bestimmten Emittenten berücksichtigt hat. Sie sollen jedoch nicht implizieren, dass positive Anlage- oder Engagementergebnisse in allen Situationen oder in irgendeiner Situation garantiert sind. Engagements setzen sich in der Regel aus mehreren Gesprächen zusammen, die fortlaufend und oft langwierig sind und nicht zwangsläufig zu Änderungen der ESG-Praktiken eines Emittenten führen. Die Ergebnisse der Emittenten basieren auf vielen Faktoren, und positive Anlage- oder Engagementergebnisse, einschließlich der oben beschriebenen, stehen möglicherweise nicht im Zusammenhang mit Analysen oder Aktivitäten von MFS. In welchem Maße MFS ESG-Faktoren in Investmentanalyse und Engagementaktivitäten einbezieht, kann je nach Strategie, Produkt und Assetklasse sowie auch im Zeitablauf variieren. Daher sind die oben genannten Beispiele möglicherweise nicht repräsentativ für ESG-Faktoren, die beim Management des Portfolios eines Anlegers verwendet werden. Die oben genannten Informationen sowie Erwähnungen einzelner Unternehmen und/oder Wertpapiere sollten nicht als Anlageberatung, Kauf- oder Verkaufsempfehlung oder als Hinweis darauf verstanden werden, dass für irgendein Anlageprodukt von MFS irgendeine Transaktion geplant ist.

**Bitte beachten Sie, dass auch ein nachhaltiger Investmentansatz keine Gewinne garantiert. Alle Anlagen, einschließlich solcher, die ESG-Überlegungen in den Anlageprozess integrieren, gehen mit gewissen Risiken einher, einschließlich des Risikos eines möglichen Kapitalverlusts.**

Die hier dargestellten Meinungen sind die von MFS und können sich jederzeit ändern. Sie dienen ausschließlich Informationszwecken und dürfen nicht als Empfehlung oder Aufforderung zum Kauf eines Wertpapiers oder als Anlageberatung verstanden werden.

Die hier dargestellten Meinungen sind die des Autors/der Autoren und können sich jederzeit ändern. Sie dienen ausschließlich Informationszwecken und dürfen nicht als Empfehlung, Aufforderung oder als Anlageberatung verstanden werden. Prognosen sind keine Garantien.

Sofern nicht anders angegeben, sind die hierin enthaltenen Logos sowie Produkt- und Dienstleistungsbezeichnungen Handelsmarken von MFS<sup>®</sup> und seinen Tochtergesellschaften. In manchen Ländern sind sie außerdem eingetragene Warenzeichen.

Herausgegeben von: **USA:** MFS Institutional Advisors, Inc. (MFSI), MFS Investment Management und MFS Fund Distributors, Inc. (SIPC-Mitglied); **Lateinamerika:** MFS International Ltd.; **Kanada:** MFS Investment Management Canada Limited. In Kanada wurde diese Publikation weder von der Finanzmarktaufsicht noch von einer ähnlichen Regulierungsbehörde überprüft. **Hinweise für Anleger in Großbritannien und der Schweiz:** Herausgegeben in Großbritannien und der Schweiz von MFS International (U.K.) Limited (MIL UK), einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung (Private Limited Company) mit Sitz in England und Wales, Zulassungsnummer 03062718. Das Investmentgeschäft von MIL UK steht unter der Aufsicht der britischen Financial Conduct Authority. MIL UK, ein indirektes Tochterunternehmen von MFS<sup>®</sup>, hat seinen Sitz in der One Carter Lane, London, EC4V 5ER. **Hinweise für Anleger in Europa (ohne Großbritannien und Schweiz):** Herausgegeben in Europa von MFS Investment Management (Lux) S.à r.l. (MFS Lux), einem in Luxemburg für das Management von Luxemburger Fonds zugelassenen Unternehmen, das institutionellen Investoren Investmentprodukte und -leistungen anbietet. Der Unternehmenssitz ist in der Rue Albert Borschette 4, L-1246 Luxemburg, Tel. +352 282 612 800. Dieses Dokument richtet sich ausschließlich an professionelle Investoren. Andere dürfen sich nicht darauf verlassen. Auch darf das Dokument nicht an Personen weitergegeben werden, wenn eine solche Weitergabe gegen die geltenden Vorschriften verstoßen würde. **Singapur:** MFS International Singapore Pte. Ltd. (CRN 201228809M). **Australien/Neuseeland:** MFS International Australia Pty Ltd. (MFS Australia) ist ein in Australien unter der Nummer 485343 eingetragener Finanzdienstleister. MFS Australia steht unter der Aufsicht der Australian Securities and Investments Commission. **Hongkong:** MFS International (Hong Kong) Limited (MIL HK) ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung, die der Aufsicht der Hong Kong Securities and Futures Commission (SFC) untersteht und von ihr zugelassen wurde. MIL HK darf Wertpapiere handeln, regulierte Assetmanagementgeschäfte abschließen und bestimmte Investmentdienstleistungen „professionellen Investoren“ gemäß Securities and Futures Ordinance (SFO) anbieten. **Für professionelle Investoren in China:** MFS Financial Management Consulting (Shanghai) Co., Ltd. 2801-12, 28th Floor, 100 Century Avenue, Shanghai World Financial Center, Shanghai Pilot Free Trade Zone, 200120, China, ist eine registrierte chinesische Gesellschaft mit beschränkter Haftung, die Finanzmanagementberatung anbieten darf. **Japan:** MFS Investment Management K.K. ist zugelassen als Financial Instruments Business Operator, zugelassen als Kanto Local Finance Bureau (FIBO, Nr. 312), Mitglied der Investment Trust Association, Japan, und Mitglied der Japan Investment Advisers Association. Da die von den Investoren zu tragenden Gebühren von verschiedenen Umständen abhängen – Produkte, Dienstleistungen, Anlagezeiträume und Marktumfeld –, können weder deren Gesamthöhe noch die Berechnungsmethoden im Voraus offengelegt werden. Alle Finanzinstrumente gehen mit Risiken einher, unter anderem dem Risiko von Marktschwankungen, sodass Investoren ihr investiertes Kapital verlieren können. Investoren sollten vor einer Anlage den Verkaufsprospekt und/oder die in Art. 37-3 des Financial Instruments and Exchange Act genannten Dokumente sorgfältig lesen.